

Minsk arrangiert sich mit Brüssel

BELARUS NACH DEM FÜNFTEN GIPFELTREFFEN

DER ÖSTLICHEN PARTNERSCHAFT DER EU

Der seit 2015 bestehende Annäherungsprozess zwischen Belarus und der Europäischen Union erhielt durch den Gipfel der Östlichen Partnerschaft im November 2017 neue Impulse. Weitere konkrete Fortschritte sind nun unmittelbar zu erwarten — wenn denn auch Belarus weiter aktiv bleibt.

Im Vorfeld des Gipfels zur Östlichen Partnerschaft am 24. November 2017 in Brüssel war es zu einer größeren Debatte gekommen, ob denn die Teilnahme von Präsident Alexander Lukaschenko an diesem Treffen zu erwarten sei, nachdem dieser eine Einladung aus Brüssel erhalten hatte. Ein Politikum war dieser Vorgang insofern, als dies immerhin der erste offizielle Besuch Lukaschenkos seit Aufhebung der Sanktionen seitens der Europäischen Union gewesen wäre. Obschon die Teilnahme Lukaschenkos von der belarussischen Seite offenkundig nicht grundsätzlich ausgeschlossen war, wurde seine Teilnahme nach längerer Prüfung nicht zugesagt. Offiziell führte Präsident Alexander Lukaschenko als Grund bereits seit langem bestehende Terminverpflichtungen im Land an.ⁱ Tatsächlich waren es aber wohl eher die außenpolitischen Gesamtumstände, die dazu führten, dass am Ende Außenminister Wladimir Makej am Gipfel teilnahm.

Blick aus Belarus

Dem prominenten Schritt der Teilnahme Lukaschenkos standen aus Sicht der Regierung nur vergleichsweise geringe Fortschritte in der Zusammenarbeit zwischen der EU und Belarus im Zusammenhang mit der Östlichen Partnerschaft entgegen. Insbe-

sondere wurden die von Minsk langersehnten Fortschritte bei der Vereinfachung der Visaregelungen bislang noch nicht erreicht. Obschon Belarus seinerseits 2017 eine begrenzte Visafreiheit unter anderem für EU-Bürger eingeführt hat und damit in politische Vorleistung gegangen ist, scheinen einer Visaerleichterung derzeit vor allem noch zu klärende administrative und finanzielle Fragen entgegen zu stehen. Bezüglich der Beziehungen zur EU wurde zudem seitens der Regierung in Minsk kritisch bemerkt, dass auch die angestrebten Verhandlungen über ein Rahmenabkommen zwischen der EU und Belarus bislang nicht aufgenommen wurden. Für die Regierung war dies in der Summe wohl offenkundig eine einfache politische Rechnung, bei der die zu erwartenden konkreten Fortschritte auf dem Gipfel in Brüssel in keinem Verhältnis zur Prominenz der Teilnahme Lukaschenkos gestanden hätten.

Beinfreiheit gegenüber Moskau

Spekulationen, nachdem Moskau hier Druck auf Minsk ausgeübt habe, nicht höchststrangig vertreten zu sein, lassen sich nicht überprüfen. Grundsätzlich hat Belarus jedoch von Moskau offenbar grünes Licht bekommen, sich aktiver an der Östlichen Partnerschaft zu beteiligen.ⁱⁱ Durch geschicktes Taktieren hat sich Minsk in den letzten Monaten gegenüber Moskau in eine Position manövriert, in der es die Beziehungen zur EU ausbauen kann, ohne dabei die bestehenden engen Beziehungen zu Moskau zu beschädigen. Hilfreich waren für diese neue Verortung für Minsk dabei ohne Zweifel die Beispiele Armeniens und Kasachstans, die — obwohl sie ebenso wie Belarus in der Eu-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BELARUS

DR. WOLFGANG SENDER

Dezember 2017

www.kas.de/belarus

rasischen Wirtschaftsunion integriert sind — in den letzten Jahren erfolgreich Sonderbeziehungen zur Europäischen Union aufgebaut haben. Vor diesem Hintergrund muss die Nichtteilnahme von Alexander Lukaschenko an diesem Gipfel weder als politisches Signal gesehen, noch insgesamt überbewertet werden. Minsk scheint weiterhin an einem Ausbau der Beziehungen zur Europäischen Union interessiert zu sein, unabhängig von politischer Tagessymbolik. Deutlich wurde dies nicht zuletzt nach dem Gipfeltreffen in einem Medieninterview mit Außenminister Makej: In einer selten klaren Positionierung erläuterte er, dass Belarus geographisch und politisch zu Europa gehöre.ⁱⁱⁱ

Ergebnisse für Belarus und Brüssel

Die Ergebnisse des fünften ÖP-Gipfels für Belarus sind dennoch erkennbar und werden in Minsk positiv wahrgenommen. Insbesondere die Einigung auf Übersichtskarten für die Ausweitung des Kernnetzes des transeuropäischen Verkehrsnetzes^{iv} ist eines der hier zählenden wichtigen Ergebnisse - ermöglicht es doch die Finanzierung großer Infrastrukturprojekte, die Minsk an der Schnittstelle zwischen der Eurasischen Wirtschaftsunion und der Europäischen Union umsetzen möchte.^v Das Außenministerium zeigte sich infolge des Gipfels nicht nur zuversichtlich, dass die Vereinbarung zu den Partnerschaftsprioritäten für die Jahre 2018-2020 in der ersten Jahreshälfte 2018 unterzeichnet werden kann.^{vi} Auch erwarte man nun zügig die Aufnahme von Verhandlungen über das gewünschte Rahmenabkommen zwischen der EU und Belarus^{vii} und Fortschritte in der Visaerleichterung. Ebenso begrüßte Belarus den hier entstandenen Eindruck, dass die Östliche Partnerschaft in Zukunft differenzierter mit den Teilnehmerländern umgehen werde, und deren individuelle Interessen und Möglichkeiten stärker berücksichtigen könnte. Unmittelbar im Anschluss an den Gipfel, vom 18. bis 20. Dezember, traf sich in Brüssel erneut die EU-Belarus Koordinierungsgruppe für weitere Verhandlungen. Gegenstände der Gespräche waren hier u.a. die bilateralen Handelsbeziehungen, die sektorale Zusammenar-

beit, die technische Unterstützung und die Bürgermobilität.

Bemerkenswert ist bezüglich des fünften Gipfels zudem, dass Außenminister Makej die Gipfelerklärung mitunterzeichnete, in der unter anderem die bestehenden Verletzungen von Völkerrecht im nahen Umfeld der EU thematisiert werden.^{viii} Auch wenn dies hier nicht beim Namen genannt wurde, so ist doch klar, dass es sich im Kern hierbei auch um Russlands Vorgehen in der Ukraine handelt. Dass sich Minsk dem anschloss, ist vor allem vor dem Hintergrund erstaunlich, als Belarus mit Russland einen Unionsstaat bildet. Ebenfalls trug Belarus die Zielsetzungen der Gipfelerklärung mit, die Resilienz der beteiligten Staaten zu steigern.^{ix} Auch dies ist vorwiegend im Rahmen von Herausforderungen zu verstehen, die viele europäische Staaten gegenwärtig im Zusammenhang mit Russland sehen. Für Brüssel ist zudem auf der Habenseite zu verbuchen, dass sich Belarus mit der Unterzeichnung des Gipfeldokuments erneut zu demokratischen Werten verpflichtet hat.^x Diese und andere klare pro-europäische Positionierungen Minsk in der letzten Zeit dürfen für die Europäische Union Anlass zur Hoffnung sein, dass der Nachbarstaat in Zukunft noch weiter und stärker aktiv und konstruktiv an der Östlichen Partnerschaft teilnimmt. Dies ist auch die positive Nachricht des Gipfels für die EU: Belarus scheint ernsthaftes Interesse zu entwickeln, sich aktiver an der Östlichen Partnerschaft zu beteiligen, bislang war es derjenige Teilnehmerstaat mit der mit Abstand geringsten Aktivität.

Vertrauen und Kapazitäten

Dieser erwartete Ausbau der Beziehungen ist jedoch weiterhin von einigen Grundsatzproblemen zwischen Brüssel und der Republik Belarus geprägt. Zunächst einmal bestehen aufgrund vieler Jahre niedrigschwelliger Kontakte nach wie vor nur ausgesprochen geringe Kanäle der Kommunikation und Zusammenarbeit, trotz der bestehenden EU-Belarus Koordinierungsgruppe.^{xi} Nach zwanzig Jahren schwieriger Beziehungen spielt zudem die Frage des erst wieder im Aufbau befindlichen Vertrauens hierbei eine große Rolle. Für Brüssel misst sich dies

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BELARUS

DR. WOLFGANG SENDER

Dezember 2017

www.kas.de/belarus

zentral an der Frage, ob Minsk tatsächlich Fortschritte auch hinsichtlich der politischen Freiheiten und bürgerlichen Rechte erzielt.

Hinzu kommt, dass die Kapazitäten der Regierung in Minsk zum Ausbau der Beziehungen zur Europäischen Union ausgesprochen begrenzt sind. Bei westlichen Beobachtern wirkt dieses Argument zwar oft nur als vorgeschoben. Einerseits ist aber das federführende Außenministerium wie der gesamte Rest der Regierung aktuell tatsächlich mit Personaleinsparungen konfrontiert. Andererseits befindet sich Minsk in einem durchaus aktiven Integrationsprozess mit der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU). Hier tritt Anfang 2018 ein einheitlicher Zollkodex in Kraft, der sich deutlich wirkmächtiger und unmittelbarer auf die Außen- und Wirtschaftsbeziehungen von Belarus ausschlagen kann, als die Kooperationsprojekte mit der Europäischen Union. Das neue gemeinsame Zollgesetz der EAWU soll den seit 2010 geltenden Zollkodex der Zollunion ablösen und die Wirtschaftsbeziehungen für die Unternehmen innerhalb der EAWU durch eine Reihe von Innovationen, u.a. durch die Digitalisierung von Zollverfahren, vereinfachen und beschleunigen. Wie drängend und schleppend auch hier die Prozesse sind, zeigt sich daran, dass der Zollkodex zwar am 1. Januar 2018 in Kraft treten soll, dass dieser aber bis Mitte Dezember 2017 noch nicht einmal von allen Teilnehmerstaaten ratifiziert wurde, geschweige denn, dass die nationalen Gesetzgebungen überall angepasst waren.^{xii} Diese Prioritätensetzung, die Kapazitätsengpässe, aber natürlich auch ein nach wie vor nur begrenzter Wille der stärkeren Zusammenarbeit mit dem Westen, sind die gegenwärtig wesentlichen limitierenden Faktoren für die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union auf der belarussischen Seite.

Zivilgesellschaft

Im Inneren von Belarus muss die Regierung darüber hinaus private und staatliche Wirtschaftsinteressen berücksichtigen, die sich nicht immer für die eine Beziehungsverbesserung zur Europäischen Union einsetzen wollen oder können. Anders als in der Ukraine oder in Georgien hat sich in Belarus in

den letzten Jahren zudem keine auch nur in Ansätzen vergleichbare prowestliche junge Generation herausgebildet, die wenigstens über entsprechende Sprachkenntnisse, Grundlageninformationen über den Westen und die Motivation einer auch stärkeren gesellschaftlichen Annäherung verfügt. Ebenso mangelt es schlicht an einer quantitativ und qualitativ substanziellen Aufstellung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die auch mit größeren Teilen der einheimischen Bevölkerung näher in Kontakt stehen.

In Teilbereichen steht auch die politische Opposition in Belarus dem Annäherungsprozess zwischen Brüssel und Minsk kritisch gegenüber. Die Einstellung der oppositionellen Kräfte gegenüber der EU und bezüglich der EU-Initiativen wie der Östlichen Partnerschaft wird am deutlichsten und fast ausschließlich durch die Mitte-Rechts-Koalition artikuliert, die sich aus Partnerparteien der Europäischen Volkspartei zusammensetzt. So betonte die Koalition über ihre Kandidaten bei den Parlamentswahlen 2016 in einer gemeinsamen abgestimmten Botschaft zwar die Wichtigkeit der Annäherung des Landes an die EU. Aus Sicht mancher Vertreter aus dem Bereich der politischen Opposition und Zivilgesellschaft laufe der gegenwärtige Annäherungsprozess jedoch Gefahr, das bestehende politische Herrschaftssystem zu stärken. Dieses sei — so die hier anzutreffende Sichtweise — seinerseits bislang nicht bereit, substantielle Änderungen an den politischen Freiheiten und bürgerlichen Rechten vorzunehmen. Deshalb solle der Zivilgesellschaft und Opposition eine Mitberatung bei den Projekten zwischen Belarus und der EU eingeräumt werden. Über die Einbindung gesellschaftlicher Kräfte in die EU-Belarus-Koordinierungsgruppe wurde dies zwar bereits in Teilen erreicht, die Opposition fordert aber auch eine direkte Beteiligung an den Verhandlungen zur Zusammenarbeit.

Sichtbarkeit der EU

Zu einem der Grundprobleme der bestehenden Ansätze der EU in Belarus zählt deren nach wie vor geringe gesellschaftliche Sichtbarkeit im Land. Diese ergibt sich einerseits aus einem weitgehendsten Fehlen der Bezugnahme der politischen Akteure in

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BELARUS

DR. WOLFGANG SENDER

Dezember 2017

www.kas.de/belarus

Belarus auf die EU sowie vergleichsweise seltene Besuche und Veranstaltungen mit klarem EU-Bezug. Zwar wird auch in den Staatsmedien durchaus umfänglich über Kontakte und Entwicklungen in den Beziehungen zur Europäischen Union berichtet, die Masse der Bevölkerung wird dadurch dennoch nicht erreicht. Die im Land oft vorherrschende Nutzung russischer Medien und ein generelles Desinteresse an politischen Entwicklungen sowie eine über zwei Jahrzehnte andauernde politische Distanzierung zur Europäischen Union führen dazu, dass die durchaus bestehenden politischen Entwicklungsmöglichkeiten in der Bevölkerung und bei nachgeordneten Entscheidungsträgern oft als nicht real und nicht erreichbar wahrgenommen werden.

Dazu trägt bei, dass auch die bestehenden Maßnahmen und Förderungen der EU im Land intensiver kommuniziert werden müssen. Selbst Parlamentsabgeordnete und Experten, ganz zu schweigen von der Breite der Bevölkerung, sind kaum darüber informiert, welche Projekte die EU bereits in Belarus fördert und auf welcher Wertgrundlage sie dies vollzieht. In einer jährlichen von der EU unterstützten Umfrage im Rahmen des *EU Neighbours East Projects* wurde deutlich, dass gegenwärtig nur 39 Prozent der Belarussen die Gewährung der finanziellen Unterstützung der EU für Belarus bewusst ist. Dies ist das zweitniedrigste Ergebnis in den Ländern der Östlichen Partnerschaft nach Aserbaidschan (33 Prozent).^{xiii} Aus diesen 39 Prozent sind nur einem Drittel die spezifischen Programme der EU bekannt.^{xiv} Hierin wird der stark empfehlenswerte Ansatz für das kurz- und mittelfristige Engagement der Europäischen Union gesehen: Sie muss jenseits aller großen politischen Initiativen im Land stärker informieren, kommunizieren und überzeugen. Insbesondere die Kommentierung westlicher Beobachter und politischer Vertreter zu aktuellen Debatten ist klar ausbaufähig. Angesichts verbesserter Bedingungen für die Tätigkeit unabhängiger Medien, so die Erkenntnisse der Tätigkeit der Konrad-Adenauer-Stiftung im Land, und mit Blick auf die größere Offenheit auch der Staatsmedien, empfiehlt es sich dabei, auch die

bestehenden Informationskanäle in Belarus stärker als bisher zu nutzen.

Positive Ergebnisse

Für den Zeitraum 2017 bis 2020 wird die bilaterale Kooperation zwischen der Europäischen Union und Belarus durch den *Single Support Framework* realisiert. Dieser beläuft sich auf die wirtschaftliche Entwicklung und Marktmöglichkeiten, die Stärkung von Institutionen und guter Regierungsführung, Konnektivität, Energieeffizienz, Umwelt und Klimaschutz, Mobilität und menschliche Kontakte. Das Instrument der Östlichen Partnerschaft scheint dabei gerade mit den Ergebnissen des fünften Gipfels als der geeignete Handlungsrahmen. Grundsätzlich bietet es alle Instrumentarien, die sinnvollerweise zum Einsatz kommen können. Als ein Beispiel einer erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen der EU und Belarus lässt sich insbesondere auf die Kooperation im Bereich Umweltschutz verweisen. In Belarus wird gerade das umfassende EU-Projekt „Übergang zur *Green Economy*“ abgeschlossen. Es wird von der EU finanziert und von der UNDP in Kooperation mit dem Ministerium für Naturressourcen und Umweltschutz des Landes implementiert. Die EU bezeichnete das Projekt als einen Erfolg und lobte das Bemühen der Ministerien, innovative Entwicklungsprojekte im Bereich Ökonomie und Ökologie anzustoßen. Zwölf Millionen Euro stellte die EU in den letzten beiden Jahren allein für den Übergang der Republik Belarus zu erneuerbaren Energien bereit.^{xv} Darüber hinaus ist Belarus eines der aktivsten Länder aus der Östlichen Partnerschaft im Bereich des Forschungsprogramms *Horizon2020* der EU.^{xvi} Gerade im Bereich der Bildung, Wissenschaft und Forschung bestehen jedoch noch viele ungenutzte Handlungsmöglichkeiten — eine Richtung, die auch das Europäische Parlament in seiner jüngsten Resolution zu Belarus aufgezeigt hat.^{xvii}

Ausblick

Ob dieser Ansatz auf den oben genannten Politikfeldern in seiner Quantität und Qualität ausgeweitet werden kann, richtet sich vor allem nach der weiteren Entwicklung der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BELARUS

DR. WOLFGANG SENDER

Dezember 2017

www.kas.de/belarus

generellen politischen Beziehungen zwischen Minsk und Brüssel. Innerhalb der Europäischen Union zeigt sich zumindest seit einigen Monaten ein größeres Interesse, wenn nicht sogar eine größere wohlwollende Aufmerksamkeit gegenüber dem offiziellen Belarus. Ein kleineres Lager der EU-Mitgliedstaaten sieht den Annäherungsprozess zwar weiterhin skeptisch und wartet auf Belege vorzeigbarer politischer Entwicklungen im Land, bevor weitere Schritte erfolgen können. Einflussreiche größere Gruppen der EU-Mitgliedstaaten sprechen sich jedoch für eine Fortsetzung und gegebenenfalls eine Intensivierung des bestehenden Dialoges mit Minsk aus, um durch Anreize diese erwarteten Modernisierungen mit zu unterstützen. Auch für den Deutschen Bundestag ist eine solche Perspektive des Ausbaus der Beziehungen gemäß des Beschlusses aus der vorigen Legislaturperiode im Juni 2017 zur Östlichen Partnerschaft dann möglich, wenn sich die Lage in Belarus hinsichtlich der Meinungs- und Versammlungsfreiheit weiterentwickelt.^{xviii} In dieser Richtung argumentiert auch der Rat.

Geeignete Maßnahmen, um die Entwicklungen in Belarus objektiv zu bewerten und die Partner in Minsk wiederholt und in passender Form an die Voraussetzungen zur Zusammenarbeit mit der Europäischen Union zu erinnern, bleiben dabei Besuche von hochrangigen Politikern aus der EU im Land. Eine Wegmarke war dabei ohne Zweifel der Besuch von Außenminister Sigmar Gabriel auf dem VX. Minsk-Forum im November 2017, das auch durch die Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt wurde. Zuletzt hatte der damalige Außenminister Guido Westerwelle das Land 2010 besucht. Gabriel hat sich bei seinem Besuch nicht nur für eine weitere Annäherung von Belarus an die EU ausgesprochen, sondern auch für Schritte, die zu einer Aufnahme der Republik Belarus in den Europarat führen können.^{xix} Eine verstärkte Debatte über die Perspektiven zur Aufnahme von Belarus in den Europarat, einschließlich der hierfür notwendigen Diskussion über ein Moratorium oder die Abschaffung der Todesstrafe in Belarus, wird dabei auch von Vertretern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt. Schritte in diese Richtung würden ohne Zweifel auch

wichtige Wegmarken für die Verbesserung der Beziehungen zur Europäischen Union darstellen.

ⁱ BELTA. *Лукашенко: решение направить главу МИД в Брюссель было принято задолго до саммита*. 24.11.2017. Online abrufbar unter: <https://goo.gl/XcKv6b>, abgerufen am 18.12.2018.

ⁱⁱ BELTA. *Россия понимает интерес Беларуси в "Восточном партнерстве" - Лавров*. 02.12.2017. Online abrufbar unter: <https://goo.gl/RJpgUr>, abgerufen am 18.12.2018.

ⁱⁱⁱ Svaboda.org. *Макей: Неўзабаве ўдзел прэзідэнта ў мерапрыемствах па лініі Эўразьвязу будзе звычайнай справай*. 08.12.2017. Online abrufbar unter: <https://goo.gl/YuG5V6>, abgerufen am 18.12.2018.

^{iv} Europäische Kommission - Pressemitteilung. Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft 2017: Stärker zusammen. 24.11.2017. Online abrufbar unter: <https://goo.gl/6dKR25>, abgerufen am 18.12.2018.

^v Eastern Partnerships Indicative TEN-T maps, online abrufbar unter: <https://goo.gl/WiqHWK>. Siehe auch: <http://ec.europa.eu/transport/infrastructure/tentec/tentec-portal/site/en/maps.html>. (abgerufen am 18.12.2018). Die ÖP-Länder unterschrieben die "High Level Understandings between the EU and partner countries defining the indicative maps on the core networks".

^{vi} BELTA. *Belarus-EU partnership priorities almost coordinated*. 11.12.2017. Online abrufbar unter: <https://goo.gl/vAjVfb>, abgerufen am 18.12.2018.

^{vii} Belapan. *Замглавы МИД Кравченко: Беларусь готова начать переговоры с ЕС о заключении соглашения о партнерстве и сотрудничестве*. Online abrufbar unter: <https://goo.gl/RM1HCw>, abgerufen am 18.12.2018.

^{viii} Joint Declaration of the Eastern Partnership Summit, Brussels, 24 November 2017, S. 3. Online abrufbar unter: <https://goo.gl/aJPxeC>, abgerufen am 18.12.2018.

BELARUS

DR. WOLFGANG SENDER

Dezember 2017

www.kas.de/belarus

^{ix} Joint Declaration of the Eastern Partnership Summit, Brussels, 24 November 2017, S. 2, 7. Online abrufbar unter: <https://goo.gl/aJPxeC>, abgerufen am 18.12.2018.

^x Joint Declaration of the Eastern Partnership Summit, Brussels, 24 November 2017, S. 1. Online abrufbar unter: <https://goo.gl/aJPxeC>, abgerufen am 18.12.2018.

^{xi} Delegation of the European Union to Belarus. EU-Belarus relations. Online abrufbar unter: <https://goo.gl/MtzbZD>, abgerufen am 18.12.2018.

^{xii} Pravo.by. *Новый Таможенный кодекс Евразийского экономического союза вступит в силу с 1 января 2018 года*. 14.11.2017. Online abrufbar unter: <https://goo.gl/jiUg8U>, abgerufen am 18.12.2018.

^{xiii} EU neighbours East. ANNUAL SURVEY REPORT: REGIONAL OVERVIEW 2017. S. 14. Online abrufbar unter: <https://goo.gl/xbP7tx>, abgerufen am 18.12.2018.

^{xiv} EU neighbours East. Awareness and Effectiveness of EU Support 2017. Online abrufbar unter: <https://goo.gl/GeJ9Js>, siehe auch: <https://goo.gl/kknkYv>, abgerufen am 18.12.2018.

^{xv} Ostexperte.de. *Analyse zur Außen- und Europapolitik von Belarus*. Autor: Matthias Dornfeldt. Online abrufbar unter: <https://goo.gl/s7UsF9>, abgerufen am 18.12.2018.

^{xvi} EU Neighbours. Facts and Figures about EU-Belarus Relations. Online abrufbar unter: <https://goo.gl/7ndU3E>, abgerufen am 18.12.2018.

^{xvii} European Parliament resolution on the situation in Belarus (2017/2647(RSP), 5.4.2017. Online abrufbar unter: <https://goo.gl/UZASx3>, abgerufen am 18.12.2018.

^{xviii} BELTA. *Лукашенко: решение направить главу МИД в Брюссель было принято задолго до саммита*. 24.11.2017. Online abrufbar unter: <https://goo.gl/XcKv6b>, abgerufen am 18.12.2018.

^{xix} Rede des Außenministers Sigmar Gabriel beim Minsk Forum XV, online abrufbar unter: <https://goo.gl/mtnBJw>, abgerufen am 18.12.2018.